

Adorfer Wochenblatt.

Mittheilungen

über örtliche und vaterländische Angelegenheiten.

Sechzehnter Jahrgang.

Preis für den Jahrgang bei Bestellung von der Post: 1 Thaler, bei Bestellung des Blattes durch Botengelegenheit: 25 Ngr.

N^o 15.

Mittwoch, den 9. April

1851.

Tagesgeschichte.

Den „Hamb. Nachr.“ schreibt man aus Dresden vom 1. April: Mit dem heutigen Tage kann man die hiesigen Conferenzen zur Feststellung einer Verfassung für Deutschland in diesem Sinne als vollständig gescheitert betrachten. Von Seiten Preußens hat man die Hoffnung aufgegeben, hier etwas Neues entstehen zu sehen. Graf Alvensleben hat es dieser Tage den Bevollmächtigten in unofficieller Weise angedeutet, daß Preußen sich dahin entschieden habe, nunmehr den alten Bundestag in seiner ursprünglichen Form wieder zusammentreten zu lassen. Zu diesem Zweck hat die preussische Regierung unterm 27. v. M. ein Circularschreiben an sämmtliche ihr verbündete Regierungen erlassen, worin sie dieselben zur sofortigen Ernennung eines Bundestagsgesandten auffordert, der sich schon in der nächsten Zeit an den Sitz des ehemaligen, jetzt wiedererstandenen Bundestags zu begeben habe. Die Motive dieser plötzlichen Metamorphose der preussischen Politik werden in der Note dahin entwickelt, daß trotz aller Anstrengungen Preußens, etwas Günstiges bei den Dresdener Conferenzen zu Stande zu bringen, trotz der ernstlichsten Bestrebungen und aufrichtigsten Bemühungen ein Erfolg nicht in Aussicht gestellt werden könne. Obwohl nun die Unterhandlungen noch fortgeführt werden sollten, so stehe doch eine Einigung, auf die in Dresden entworfenen Vorschläge so wie auf andere Pläne hin, nicht im Bereich der Wahrscheinlichkeit, da die Hindernisse zu mannichfacher und gewichtiger Natur seien, um solchen Erwartungen noch länger Raum zu geben. Da nun aber die Verhältnisse drängten und Deutschland nicht noch länger ohne ein Centralorgan sein könne, indem sowohl die äußeren Verhältnisse wie die innern Angelegenheiten die schleunige Einsetzung eines solchen als unabweisliche Pflicht und Nothwendigkeit erheischten, ein anderer Ausweg aber nicht vorhanden sei, so halte Preußen diesen Weg nicht nur für den geeignetsten, sondern auch als durch die Verhältnisse geboten und für den erspriesslichsten für Deutschland. Die Dresdener Conferenzen sollen ihren ungehemmten Fortgang haben und das dort gewonnene Material soll bei der Reorganisation des Bundes in Frankfurt be-

nutzt werden, so weit solches den Verhältnissen angemessen und so weit es die Genehmigung der Regierungen erhalten wird. Dem Vernehmen nach soll es der Wunsch Preußens sein, daß schon zum 15. d. M. die Bundesversammlung wieder vollzählig sei. Hier ist man der Ansicht, daß zwar noch einige formelle Schwierigkeiten von Oesterreich und vornämlich von Baiern werden erhoben werden, jedoch lediglich zu dem Zweck, um die Inconsequenz Preußens recht grell hervortreten zu lassen und es so in der öffentlichen Meinung des Auslandes und Inlandes noch mehr zu discreditiren, andererseits aber auch um Revange zu nehmen für die frühere Opposition Preußens gegen denselben Antrag Seiten Oesterreichs und seiner Verbündeten.

Mit der hiesigen Versammlung wird es ähnlich gehen wie mit dem Erfurter Parlament, dessen Beratungen man auch für die Zukunft benutzen wollte. Von jetzt an haben die Dresdner Verhandlungen alle und jede Bedeutung verloren und das Material wird wohl zu den vielen andern Verfassungs- und Gesetzesvorschlägen der letzten Jahre in die Archive gelegt werden.

Ein höchst wichtiger Punkt ist der, daß gleichzeitig mit dem Vorgehen Preußens auf diesem Wege das Project des Eintritts des österreichischen Gesamtstaates in den Bund von dieser Seite aufgegeben worden ist. Allein ganz abgesehen hiervon, kann ich Ihnen die zuverlässige Mittheilung machen, daß jenes Project des Gesamteintritts an den sehr entschiedenen Aeußerungen der beiden Gesandten von Frankreich und England, und ganz besonders des Lord Cowley „als gänzlich gescheitert zu betrachten ist“ und Oesterreich sich jetzt nur noch bemüht, durch allmähliches Einlenken bei den Unterhandlungen seinen Rückzug möglichst zu maskiren.

Die „Kreuzzeitung“ giebt eine ähnliche Nachricht und fügt hinzu, daß außerdem die preussische Regierung auch der österreichischen in einer Note mitgetheilt habe, „daß sie, da die Verhandlungen über die fernere Organisation der Bundescentralgewalt sich so sehr in die Länge zögen und Deutschland einer solchen kaum länger entbehren könnte, sich entschlossen habe, den Bundestag zu beschicken.“

schulde
nathurlich
die rede
und von
dowol
schulde
nathurlich